

Auf dem Weg in die Pseudodemokratie?

Ausnahme-*Loya Jirga* hielt nur formal die Spur des Bonner Prozesses. Zweifelhafte Personalentscheidungen und manipulierte Abstimmungsmodalitäten werfen Fragen nach dem künftigen Kurs der neuen Regierung unter Präsident Karzai auf.

Jan Heller, Kabul

Die Ausnahme-*Loya Jirga* in Afghanistan ist vorbei. Der bisherige Interimsstaatschef Hamid Karzai wurde in seiner Doppelfunktion als Staats- und Regierungschef bestätigt. Auch wenn die Gegenkandidatur einer Frau und eines Kandidaten einer „Koalition nationaler und demokratischer Kräfte“ eine Novität für Afghanistan war - den Sieg Karzais konnten beide nicht gefährden. Zu schwer wogen der Aufruf des ehemaligen Königs, für den 44-jährigen Popalzai-Paschtunen aus Südafghanistan zu stimmen, aber auch der massive Druck des UN-Sonderbotschafters Zalmay Khalilzad sowie der an einem glatt aussehenden Friedensprozeß interessierten UNO, Karzai im Amt zu halten.

In einer Konzession an die große Zahl von Abgeordneten, deren - wenn auch unkoordinierte - Wut über diese Manipulationen an den beiden letzten *Jirga*-Tagen überzukochen drohte, stellte ihnen Karzai am 19. Juni doch noch einen Teil seines Kabinetts vor (Anm. d. Red: Nachfolgende Tabelle dokumentiert die Kabinettsliste der neuen Übergangsregierung). Zu einer wirklichen Abstimmung darüber kam es jedoch nicht mehr, und selbst dieses Pseudo-Votum kam nur auf Druck Khalilzads zu Stande. Denn Karzai bat die Versammlungsteilnehmer nur, ihre Hände zur Zustimmung zu heben, was eine große Zahl auch tat. Nach Gegenstimmen fragte Karzai dagegen nicht mehr.

Demokratische Gruppen hatten eine

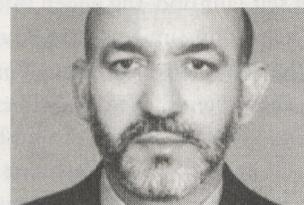
eigene Kabinettsliste aufgestellt und wollten vor dem Hauptzelt symbolisch eine alternative Wahl durchführen. Doch auch dazu kam es nicht, nachdem einige Organisatoren Drohungen erhielten.

Daß Karzais Kabinett Gegenstimmen erhalten hätte, wenn, wie zwischenzeitlich diskutiert, die vom Bonner Afghanistan-Abkommen so genannten „Schlüsselfiguren“ zur Einzelabstimmung gekommen wären - darüber herrscht kein Zweifel. Für Unmut sorgte besonders, daß der vor wenigen Wochen vom General zum Marschall beförderte Verteidigungsminister Muhammad Qasim Fahim sein Amt sowie seinen Vizepräsidentenposten behielt. Denn Ahmad Shah Massuds ehemaliger Geheimdienstchef gilt als Drahtzieher vieler Drohungen und Manipulationen, die die *Loya Jirga*-Wahlen und die Versammlung selbst begleitet hatten.

Panjshiris bleiben an den Schalthebeln der Macht

Das neue Kabinett - so weit sich das nach der Ernennung von 14 der vorgesehenen 25 oder 26 Minister beurteilen läßt - unterscheidet sich in seiner ethnisch-politischen Gewichtung nicht grundsätzlich von dem in Bonn gebildeten. Die von vielen Seiten kritisierte Vorherrschaft der *Panjshiris* blieb weitgehend unangetastet. Es galt als ausgemacht, daß eine bessere

Ausbalancierung des Kabinetts die Bedingung für den Rückzug des ehemaligen Königs von einer Kandidatur als Staatsoberhaupt dargestellt hatte. Neben Fahim behielt aber auch Dr. Abdullah Abdullah sein Amt als Außenminister. Ob das auch für den mächtigen Geheimdienstchef In-



Sieger (Präsident Karzai) ...

genieur Arif gilt, ist bisher unklar; er besitzt offiziell auch nicht Kabinettsrang, obwohl er bisher an allen Kabinettsitzungen teilnahm. Schließlich sitzen *Panjshiris* - benannt nach ihrer Herkunft aus dem gleichnamigen Tal nördlich von Kabul - auch dem Amt für Administration, dem faktischen Ministerpräsidentenam, sowie dem staatlichen Fernsehen und Radio vor.

Als einziger dieser Gruppe mußte Innenminister Yunus Qanuni gehen. Als Karzai in seiner Abschlußrede, von seinen üblichen Witzchen begleitet, ihm das Bildungsressort anbot, erhob sich Qanuni von seinem Sitz und wies das Angebot brüsk zurück. Nach Versammlungsende verließ er mit versteinertem Gesicht das *Loya Jirga*-Gelände, ohne noch mit irgendjemandem zu sprechen (Anm. d. Red.: In

der von uns dokumentierten, rund eine Woche nach Abschluß der *Loya Jirga* veröffentlichten aktualisierten Kabinettsliste wird Yunus Qanuni jetzt doch als Bildungsminister genannt). Niemand in Kabul rechnet aber ernsthaft damit, daß das schon das Ende der politischen Karriere Qanunis gewesen ist. Er gilt als der Gebildetste und Redegewandteste unter den *Panjshiris* und ist für seine politischen Ambitionen bekannt, die denen Fahims nicht nachstehen. Allerdings hat sich letzterer vorerst im Ringen um die Schlüsselposten gegen Qanuni durchgesetzt. Er dürfte sich jedoch mit dem Ex-Innenminister einen veritablen politischen Feind geschaffen haben, ebenso wie Karzai.

Qanunis Nachfolger, der fast 80-jährige Taj Muhammad Wardak, ist eine politisch schwache Figur. Der Paschtune war erst Anfang des Jahres nach 16-jährigem Flüchtlingsleben in Kalifornien nach Afghanistan zurückgekehrt, um den Gouverneursposten in Paktia vom umstrittenen Warlord Patsha Khan Dzadran zu übernehmen. Wardak entpuppte sich aber bald als Parteigänger der Gruppe um Qanuni und Fahim, zumal er bald noch eine junge Panjshiri-Frau ehelichte.

Bemerkenswert ist, daß alle Minister ihre Ämter verloren, die zur königsnahen Rom-Gruppe gehören. Lediglich Informations- und Kulturminister Makhдум Rahin werden noch Chancen eingeräumt - auch er stammt aus dem Panjshir. Dafür rückten der Amerika-Afghane und Weltbank-Ökonom Ashraf Ghani Ahmadzai, bisher Nationaler Sicherheitsberater und Chef der einflußreichen Entwicklungsbehörde, sowie zwei seiner Vertrauten in die Ressorts Bergbau und Kommunikation nach.

Warlords in Amt und Würden

Warlords besetzen weiter lukrative Ressorts wie Planung, Handel und Landwirtschaft. Daß Karzai sich noch stärker als bisher an die großen regionalen *Warlords* gebunden hat, spiegelt auch seine Wahl von drei Stellvertretern. Neben Fahim sind das Abdul Karim Khalili und Haji Abdul Qadir, die die Zentralregion Hazarajat bzw die vier paschtunischen

Ostprovinzen kontrollieren. Karzai kündigte an, noch einen oder zwei weitere Vizepräsidenten zu ernennen. Einer davon wird an einen Vertreter des usbekischen Warlords Abdul Rashid Dostum gehen, der selbst auf sein bisheriges Amt als stellvertretender Verteidigungsminister verzichtete und dafür offenbar „Sondervertreter der Zentralregierung für Nordafghanistan“ werden wird.

Auch die Frage nach einem provisorischen Parlament scheint Karzai auf seine Weise gelöst zu haben. Nachdem er die Abgeordneten aufgefordert hatte, eines zu wählen, „auch wenn es nicht im Abkommen von Bonn vorgesehen ist“, kam es zu den heftigen Diskussionen über den Modus, wie die vorgesehenen 111 Mitglieder ausgewählt werden sollen. Den Zeitdruck und Verfahrenstricks ausnutzend, änderte Karzai am letzten Tag plötzlich wieder seine Position und forderte die Abgeordneten auf, eine 45-köpfige Kommission aus ihrer Mitte zu bestimmen, die binnen eines Monats Kriterien und einen Wahlmodus erarbeiten sollen. Ob das auf demokratische Weise geschehen kann, ist angesichts des Umstands, daß die *Loya Jirga* kurz nach diesem Vorschlag beendet wurde, fraglich. Möglicherweise wird dieses Gremium nun durch die umstrittenen Provinzgouverneure bestimmt.

Mit Sorge nahmen Menschenrechtler die Bestätigung von Fazl Hadi Shinwari als oberstem Richter zur Kenntnis. Im Januar hatte Shinwari in Interviews geäußert, daß talibanübliche *Sharia*-Strafen wie Steinigungen und Amputationen weiter zur Anwendung kommen sollen.

Demokraten in der Defensive

Die jungen demokratischen Kräfte konnten die Ausnahme-*Loya Jirga* nur ansatzweise nutzen. Zwar machte sie mit ihrem Präsidentschaftskandidaten Professor Mir Mahfuz Nidai erstmals öffentlich auf sich aufmerksam. Aber sein Stimmenanteil von 85 blieb noch unter der Zahl der geforderten 150 Unterstützerunterschriften, die er zuvor sammeln konnte, um überhaupt auf den Wahlzettel zu gelangen. Bei einem Auswertungstreffen am Donnerstag machten die Demokraten

dafür vor allem mangelnde Koordination und fehlende parlamentarische Erfahrungen verantwortlich.

Über welches Potenzial die Demokraten tatsächlich verfügten, kam bei der relativ unwichtigen und deshalb offenen Wahl zu den beiden Vizepräsidentenämtern der *Loya Jirga* zum Ausdruck, zu der über 20 Kandidaten antraten. Dabei kamen drei Kandidaten mit ausgewiesenem demokratischem Hintergrund auf die ersten Plätze - Frauenministerin Sima Samar, der für einen Vizepräsidentenposten gehandelte Psychiater Azam Dadfar und *Loya Jirga*-Kommissionsmitglied Abdul Salam Rahimi. Sie ließen dabei führende Ideologen der herrschenden Nordallianz deutlich hinter sich. Jetzt haben sie zwei Jahre Zeit, um sich auf die freien Wahlen 2004 vorzubereiten.

Insgesamt hat Afghanistan die größte demokratische Übung seiner Geschichte absolviert. Angesichts weit verbreiteter Manipulationen und Drohungen war das für viele Afghanen vor allem ein Lernprozeß. Viele verloren Illusionen über den politischen Willen und die Möglichkeiten



... und Verlierer (Qanuni)

der westlichen Länder und der UNO, wirklich freie Wahlen zuzulassen. Das kann sich sogar als hilfreich erweisen. Trotzdem darf die internationale Gemeinschaft nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden, wenn jetzt die Kameras abgebaut werden und die Beobachter abreisen. Angesichts diktatorischer Tendenzen in den gegenwärtig herrschenden Strukturen kann ein Mindestmaß an demokratischen Spielregeln in den kommenden zwei Jahren nur durch äußeren Druck garantiert werden. □

► **Zum Autor:** Jan Heller ist freier Korrespondent mit Sitz in Kabul und schreibt für mehrere große deutschsprachige Tageszeitungen.

Kabinettsliste der afghanischen Übergangsregierung

Präsident:	Hamid Karzai (Rom-Gruppe)
Vizepräsidenten:	
1. Stellvertreter und Verteidigungsminister:	Muhammad Qasim Fahim (Tajike)
2. Stellvertreter:	Abdul Karim Khalili (Hazara)
3. Stellvertreter	Haji Abdul Qadir (Paschtune)
Minister:	
Außenminister:	Dr. Abdullah Abdullah (Tajike)
Innenminister:	Taj Muhammad Wardak (Paschtune)
Finanzminister:	Ashraf Ghani Ahmadzai (Paschtune)
Minister für Bergbau und Industrie:	Juma Muhammad Muhammadi (Paschtune)
Minister für Kleinindustrie:	Muhammad Alim Razm (Usbeke)
Minister für Information und Kultur:	Makhdum Rahin (Tajike)
Minister für Kommunikation:	Masum Stanakzai (Paschtune)
Minister für Planung	Ayatullah Haji Muhammad Muhaqqeq (Hazara)
Minister für Arbeit und Soziales:	Noor Mohammad Qarqin (?)
Minister für Hajj & Auqaf:	Mohammad Amin Naziryar (Paschtune)
Minister für Märtyrer & Behinderte:	Abdullah Khan Wardak (Paschtune)
Bildungsministerium:	Yunus Qanuni (Tajike)
Hochschulminister:	Sharif Fayeze (Tajike)
Gesundheitsministerin:	Dr. Suhaila Siddiqi (Paschtune)
Ministerium für Frauenfragen:	Mahbooba Hoquqmal (?)
Ministerium für Öffentliche Arbeiten:	Haji Abdul Qadir (Paschtune)
Minister für Ländliche Entwicklung:	Haji Abdul Qadir (Paschtune)
Minister für Stadtentwicklung:	Yusuf Pashtun (Paschtune)
Minister für Wasser und Elektrizität	Ahmed Shaker Kargar (Usbeke)
Ministerium für Wiederaufbau:	Mohammad Amin Farhang (Tajike)
Minister für Transportwesen:	Mohammad Ali Jawad (Hazara)
Minister für Rückkehrende Flüchtlinge:	Inayatullah Nazari (Tajike)
Landwirtschaftsminister:	Sayed Hussain Anwari (Schiite)
Minister für Bewässerungsfragen:	Ahmed Yusuf Nuristani (Nuristani)
Justizminister:	Abdul Rahim Karimi (Uzbeke)
Ministerium für Luftfahrt und Tourismus:	Mir Wais Saddiq (Tajik)
Ministerium für Angelegenheiten der Landesgrenzen:	Arif Khan Nurzai (Paschtune)

Stand: 25.06.2002; zusammengestellt von J. Scholz

Quelle: Radio Free Europe/Radio Liberty; UNAMA, Islamabad